

## Johann Loserth, Hans von Zwiedineck-Südenhorst und die Herausgabe des „Huldigungsstreites“

Von Günter Cerwinka

Loserth und Zwiedineck gehören zweifelsohne zu den bedeutendsten Historikern, die in Graz gewirkt haben. Über beide sind nach dem Zweiten Weltkrieg Dissertationen verfaßt worden, so daß hier nur die notwendigsten biographischen Daten angeführt werden müssen:<sup>1</sup>

Johann Loserth wurde 1846 in Fulnek in Böhmen geboren. Sein Vater betrieb das Tuchmacherhandwerk. Seit 1866 studierte Loserth in Wien, u. a. am Institut für Österreichische Geschichtsforschung. Nach achtjähriger Tätigkeit an der Czernowitzer Universität wurde er 1893 nach Graz an den Lehrstuhl für Allgemeine Geschichte berufen.

Zwiedineck kam 1845 als Sohn eines Obersten in Frankfurt am Main zur Welt. Er promovierte 1867 an der Grazer Universität und war in den Jahren danach im Schuldienst und an der Steiermärkischen Landesbibliothek beschäftigt. 1875 erfolgte die Habilitation für das Fach Neuere und Neueste Geschichte, aber erst 1906, in seinem Todesjahr, die Ernennung zum Ordinarius. Zwiedinecks wissenschaftliche Arbeiten sind unterschiedlich beurteilt worden.<sup>2</sup>

Beide Männer hatten in ihren politischen Anschauungen viel Gemeinsames. Loserth war Burschenschafter, Zwiedineck Corpsstudent;<sup>3</sup> beide waren das, was man als „deutschbewußt“ bezeichnen könnte, wenngleich mit unterschiedlicher Akzentuierung.<sup>4</sup> Beziehungen zwischen Loserth und Zwiedineck unter diesem Aspekt waren allerdings quellenmäßig nicht nachweisbar. Zu häufigen Kontakten kam es durch beider Lehrtätigkeit an der Grazer Universität, weiters durch ihre Mitgliedschaft beim Historischen Verein, bei der Historischen Landeskommision und dem Akademischen Verein deutscher Historiker.<sup>5</sup> Die Karriere Loserths vollzog sich geradlinig, ohne wesentliche Schwierigkeiten, ganz im Gegensatz zu der Zwiedinecks.

Hans von Zwiedineck trat noch als Student 1864 dem Historischen Verein bei und gehörte bereits seit 1877 mit Unterbrechungen dem Ausschuß an. Von 1895 bis 1903 bekleidete er das Amt des Obmannes und wurde im selben Jahr zum Ehrenmitglied ernannt. Loserth war seit 1893 Mitglied des Vereines, saß im Jahr darauf und bis 1896 ohne besondere Funktion im Ausschuß, wurde aber schon 1900 zum Ehrenmitglied ernannt. In den Jahren 1892 bis 1906 war Zwiedineck zusätzlich Ge-

<sup>1</sup> I. Pettin, Johann Loserth. Ungedr. phil. Diss. Graz 1950. — I. Trinks, Hans v. Zwiedineck-Südenhorst. Ungedr. phil. Diss. Graz 1951.

<sup>2</sup> Trinks, S. 21 f. — Insbesondere empfand er es als Nachteil, von seinen Lehrern nicht auf das Institut für Österreichische Geschichtsforschung in Wien hingewiesen worden zu sein.

<sup>3</sup> Zwiedineck gehörte der Teutonia und Vandalia an, Loserth war Wiener Armine und trug später auch die Bänder der Czernowitzer und Grazer Arminia.

<sup>4</sup> Zwiedineck tendierte eher zur kleindeutschen Richtung, was vielfach als Grund für die wenig erfolgreiche Universitätslaufbahn Zwiedinecks angesehen wurde.

<sup>5</sup> Loserth und Zwiedineck wurden 1901 Ehrenmitglieder des Vereines.



Der Akademische Verein deutscher Historiker an der Universität Graz, um 1897. Vordere Reihe sitzend von links nach rechts: Franz Martin Mayer, Verfasser der mehrmals aufgelegten „Geschichte Österreichs“; Adolf Bauer, Ordinarius für alte Geschichte; Franz Krones, Ordinarius für Österreichische Geschichte; Eduard Richter, Ordinarius für Geographie und Begründer des Historischen Atlases der österreichischen Alpenländer; Hans von Zwiedineck-Südenhorst und Johann Loserth. Zweite Reihe: Links hinter Mayer: Anton Mell, später Landesarchivdirektor in Graz; links hinter Bauer: Anton Kapper, später Archivbeamter; rechts hinter Krones: Moritz Rüpschl, später Landesbibliotheksdirektor; hinter Zwiedineck: Otto Jaucker, Herausgeber eines Geschichtelehrbuches; rechts hinter Loserth: Karl Hajner, später Archivbeamter. Letzte Reihe: links hinter Rüpschl: Martin Wutte, später Landesarchivdirektor in Klagenfurt; rechts hinter Rüpschl: Hans Pirchegger.

schäftsführender Sekretär der Historischen Landeskommission, während Loserth auch hier nur als Mitglied, seit 1895 des Ständigen Ausschusses, auftritt. Diese „Ämterkumulation“ ließe sich mit mehr Beispielen belegen. Organisationstalent und ein gewisses Maß an Ehrgeiz, öffentlich hervortreten, scheinen bei Zwiedineck stärker ausgeprägt gewesen zu sein als bei Loserth.

Das Quellenmaterial über Beziehungen zwischen Loserth und Zwiedineck beschränkt sich in der Hauptsache auf die wenigen, in den beiden Nachlässen vorhandenen Briefe.<sup>6</sup> 1889 war Zwiedineck mit Loserth persönlich noch nicht bekannt, meinte aber damals, daß dieser sich bald aus seinem *halbasiatischen Exil wieder in deutsche Lande flüchten* werde,

<sup>6</sup> Beide Nachlässe im Stmk. Landesarchiv in Graz, Hamerlinggasse.

und bot ihm den handschriftlichen Nachlaß des ihm verschwägerten Hofrates Beck mit Unterlagen über Reformationsgeschichte zur Bearbeitung an.<sup>7</sup> Schon der zweite Brief an Loserth weist auf all das hin, worunter Zwiedineck in den Jahren seiner Tätigkeit an der Universität schwer litt;<sup>8</sup> das Bewußtsein, als akademischer Lehrer nur im zweiten Glied zu stehen: *Es dürfte wohl nicht lange dauern, daß wir Sie hier als Kollegen begrüßen können; sollte es mir vielleicht auch nicht vergönnt sein, in akademischer Tätigkeit mit Ihnen wetteifern zu können, so hoffe ich doch, daß wir in der Historischen Landes-Kommission, für die wir Ihre Mitwirkung bereits sehnlich erwarten, gemeinsam und erfolgreich arbeiten werden.* Einerseits ein deutliches Sich-zurückgesetzt-Fühlen, andererseits, als Kompensation gewissermaßen, der Hinweis auf schon gewonnene Positionen in anderen Bereichen!

In seiner Funktion als Sekretär der Historischen Landeskommission trat Zwiedineck mit Loserth einigemal in briefliche Verbindung. So teilte er ihm 1894 mit, daß die Reisespesen für Forschungen über Karl II. und Ferdinand II. im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien von der Historischen Landeskommission übernommen würden.<sup>9</sup> Größeres Interesse erweckt ein zweiter Brief, der, zusammen mit den ihn begleitenden Umständen, einer näheren Betrachtung unterzogen werden soll.<sup>10</sup> Dieser Brief ist nicht auf Geschäftspapier der Historischen Landeskommission geschrieben und trägt auch im Gegensatz zu ersterem keine Geschäftszahl. Es handelt sich dabei um die Mitteilung eines „vertraulichen“ Schreibens des Fürstbischofs Schuster über den in den „Forschungen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Steiermark“ ein Jahr später veröffentlichten „Huldigungstreit nach dem Tode Erzherzog Karls II. 1590—1592“.<sup>11</sup>

Es ist keine unbekannte Tatsache, daß Loserth wegen seiner die Politik des protestantischen Adels positiv — seiner erklärten Absicht nach objektiv — beurteilenden Arbeiten heftige Gegnerschaft hervorrief. Wer die innen- und kulturpolitische Situation des ausgehenden 19. Jahrhunderts kennt, wird davon nicht überrascht sein. Aber die Auseinandersetzung um die Darstellung der Jahre 1564 bis 1628 ist bis in die jüngste Gegenwart hinein nicht verstummt.<sup>12</sup>

Einen streng konservativ-autoritären Kurs in der Kirche vertrat der steirische Bischof Leopold Schuster. Als Theologiestudent an der Grazer

<sup>7</sup> Z. an L., 16. 7. 1889 (Nachlaß Loserth, Schubert 8, Heft 602). Mit dem halbasiatischen Exil ist Czernowitz gemeint.

<sup>8</sup> Z. an L., 14. 1. 1893 (Nachlaß Loserth a. a. O.).

<sup>9</sup> Z. an L., 12. 7. 1894 (Nachlaß Loserth a. a. O.).

<sup>10</sup> Z. an L., 16. 7. 1897 (Nachlaß Loserth a. a. O.).

<sup>11</sup> Forschungen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Steiermark. Hgg. v. d. Historischen Landes-Commission für Steiermark. II. Band, 2. Heft. Graz: Verlags-Buchhandlung „Styria“ 1898. VI, 236 S.

<sup>12</sup> Vgl. W. Sittig und B. Sutter in: Adel und Konfession. Ein Rundgespräch (Deutscher Adel 1555—1740. Darmstadt 1965). — H. J. Mezler-Andelberg, Erneuerung des Katholizismus und Gegenreformation in Innerösterreich (Südostdeutsches Archiv 13, 1970), S. 97 ff. — Die Forschungsergebnisse zusammenfassend: W. Schulze, Landesdefension und Staatsbildung. Studien zum Kriegswesen des innerösterreichischen Territorialstaates (1564—1619) = Veröffentl. d. Komm. f. neuere Gesch. Österreichs. 60. Wien-Köln-Graz 1973. S. 22—30.

Universität hatte er wegen eines Protestes gegen eine Inaugurationsrede über den Darwinismus einiges Aufsehen erregt. Er beschäftigte sich selbst mit der Geschichte der Gegenreformation.<sup>13</sup> In seinem Hirtenbrief aus dem Jahre 1903 trat Schuster der sogenannten „Los-von-Rom-Bewegung“ entgegen, die versuche, die Bewohner der „katholischen Steiermark . . . dem wahren, von den Eltern ererbten katholischen Glauben abwendig zu machen und dem protestantischen oder altkatholischen Bekenntnisse zuzuführen . . .“<sup>14</sup>

Die im März 1897 abgehaltenen Wahlen zum österreichischen Reichsrat brachten der Linken einen Verlust von beinahe einem Drittel ihrer Mandate, den Klerikalen und Christlich-Sozialen hingegen beträchtliche Gewinne. Eine steigende Erregung über die Badenischen Sprachenverordnungen vom April desselben Jahres griff um sich<sup>15</sup>, seit Anfang Mai trug ein Vorstoß der Katholischen Volkspartei gegen das Reichs-Volkschulgesetz zu weiterer Beunruhigung bei.<sup>16</sup> Aber auch das lokale politische „Reizklima“ erhielt laufend Nahrung: Im Grazer Volksblatt erschien am 2. Mai ein Artikel, der sich vehement gegen die liberale Universität wandte und zur Unterstützung einer „katholischen freien“ Universität Salzburg aufrief.<sup>17</sup> Anfang Juli fand in Graz ein „Deutsch-österreichischer Bauerntag“ statt, der unter der Devise der „Befreiung vom klerikalen Einfluß“ stand.<sup>18</sup>

So fügt sich die Auseinandersetzung um den „Huldigungsstreit“ — ein so kleines Mosaiksteinchen sie auch sein mag — in den geistigen Hintergrund augenfälliger Vorgänge ein, die, mit Einschränkung, unter dem geläufigen Begriff „Kulturkampf“ zusammengefaßt werden können. Seit her hat sich die politische Landschaft oft und tiefgreifend verändert; die Kirche distanziert sich demonstrativ vom politischen Tageskampf. Diese Darlegungen dürfen daher keineswegs als Werturteil nach irgendeiner Richtung aufgefaßt werden.

In der außerordentlichen Versammlung der Historischen Landeskommision am 2. Jänner 1897 ist von den mit „unermüdlicher Ausdauer“ betriebenen Arbeiten Loserths über „die Regierungszeit Karls II. und

Ferdinands II.“ die Rede. Allerdings sei eine zusammenfassende Darstellung in nächster Zeit nicht zu erwarten, „wohl aber . . . einzelne Untersuchungen . . ., die für sich ganz gut veröffentlicht werden können“.<sup>19</sup> Spätestens im Mai darauf lag die Arbeit über den „Huldigungsstreit“ zur Begutachtung vor. Alle Begutachter, Luschin, Krones, Ilwof, Zwiedineck und Leopold Schuster, sprachen sich für die Annahme aus;<sup>20</sup> der Fürstbischof allerdings mit wesentlichen Einschränkungen. Er forderte den „Ausschluß des zweiten Kapitels“, dessen „gegen die Vertreter der katholischen Religion angeschlagener Ton als zu hart und der objektiven Wahrheit nicht entsprechend“ erscheine. Krones plädierte für eine Änderung des Aufbaues und Titels der Arbeit. Im Gegensatz zur Forderung Schusters sollte der zweite Abschnitt als „Einleitung oder Vorgeschichte“ vorgezogen werden. Die heftige Äußerung des Nuntius Malaspina gegenüber Hans Friedrich Hoffmann, dem Führer des protestantischen steirischen Adels, möge ebenso weggelassen werden wie das Schreiben Ferdinands von Tirol an Rudolf II. vom 28. Oktober 1592, in dem dieser die Fähigkeiten seines gleichnamigen Grazer Neffen kritisch beurteilt. Der ursprünglich vorgesehene Titel „Die Anfänge der Regierung Ferdinands II. Sechs Kapitel zum Streit um die Huldigung“ ist tatsächlich geändert worden. Auch wurde das 2. Kapitel als „Genesis des Huldigungsstreites“ vorgezogen. Nicht berücksichtigt wurden hingegen die beiden letzteren Änderungswünsche, die als ein Versuch Krones' anzusehen sind, ausgleichend und vermittelnd zu wirken.<sup>21</sup>

Ilwof wies in seinem Gutachten vom 13. Juni darauf hin, daß er sich vor fünf Jahren, anläßlich des Vertrages mit der „Styria“, gegen die Bestimmung ausgesprochen habe, „daß in den Publikationen der Kommission nichts der katholischen Religion Feindseliges enthalten sein dürfe“. Nun sei das eingetreten, was er damals befürchtet habe: Differenzen „zwischen den wissenschaftlichen Überzeugungen der Verfasser und den einseitigen Anschauungen der Verlagsbuchhandlung und jener, die hinter ihr stehen“. Ein Konnex zwischen den Forderungen Schusters und der Verweigerung einer Übernahme des Manuskriptes durch die „Styria“ ist naheliegend.

Kurze Zeit später scheint Loserth die überarbeitete Fassung vorgelegt zu haben, die der Fürstbischof *als in der Tat weit objektiver als die frühere* beurteilte.<sup>22</sup> Was er zusätzlich geändert wünschte, reichte Zwiedineck zum Teil wörtlich, zum Teil entschärft und ausgewählt, an Loserth, der sich zu dieser Zeit in seinem Geburtsort Fulnek aufhielt, weiter:<sup>23</sup> *Es soll*

<sup>13</sup> Archiv d. Histor. Landeskomm. f. Stmk. im Stmk. Landesarchiv in Graz, Hamerlinggasse, Schuber I, Z. 160.

<sup>14</sup> Archiv d. Histor. Landeskomm. a. a. O. Z. 170. — Arnold Luschin-Ebengreuth (1841—1932), Prof. f. Deutsche und Österreichische Reichs- u. Rechtsgeschichte a. d. Univ. Graz; Franz Krones R. v. Marchland (1834—1902), Prof. f. Österreichische Geschichte a. d. Univ. Graz; Franz Ilwof (1831—1916), Direktor der Landesoberrealschule in Graz.

<sup>15</sup> Huldigungsstreit S. 16 und S. 222 (Beilage XVI).

<sup>16</sup> Schuster an Z., 12. 7. 1897. Der Umschlag trägt den Vermerk „ad manus ejusdem“ (Archiv d. Histor. Landeskomm. a. a. O. Z. 170). Schuster beruft sich zweimal auf das Gutachten von Krones vom 21. 6. 1897.

<sup>17</sup> Z. an L., 16. 7. 1897 (Nachlaß Loserth a. a. O.).

<sup>13</sup> U. a. zwei Arbeiten über Kepler und eine Monographie über Bischof Martin Brenner. — Über Fürstbischof Dr. Leopold Schuster (1842—1927) vgl. M. Liebmann in: Die Bischöfe von Graz-Seckau 1218—1968. Hgg. v. K. Amon, Graz 1969, S. 447—455.

<sup>14</sup> Liebmann, S. 451.

<sup>15</sup> „Deutschnationale Kreise“ argwöhnten, „daß der katholische Klerus deutscher Muttersprache und jedenfalls die Repräsentanten des politischen Katholizismus national unzuverlässig seien; diese Stimmung verstärkte sich, als die konservative, katholische Volkspartei der Alpenländer in parlamentarischen Abstimmungen vorübergehend mit den Slawen zusammenarbeitete. So setzte zur Zeit der Badenischen Sprachenverordnungen die von Schönerer unterstützte *Los-von-Rom*-Bewegung ein . . . die zum Übertritt von über 70.000 Personen zum Protestantismus oder Altkatholizismus führte.“ (E. Zöllner, Geschichte Österreichs, Wien 1970, S. 431 f.)

<sup>16</sup> Der sogenannte „Ebenhoch'sche Schulantrag“.

<sup>17</sup> Beilage zu Nr. 99 des Grazer Volksblattes vom 2. 5. 1897. Der Artikel ist gezeichnet von A(lois) K(arlon).

<sup>18</sup> Grazer Tagespost, Morgenblatt vom 4. 7. 1897. — Den Teilnehmern wurde ein spezieller Festgottesdienst verweigert (Beilage zu Nr. 155 des Grazer Volksblattes vom 11. 7. 1897).

zunächst erklärt werden, daß in Ihrer Abhandlung die in Ständekreisen herrschenden Anschauungen über die konfessionelle Politik Karls nach der Brucker Pazifikation wiedergegeben sind, die „scharfen Worte“ Hombergers sollen als strafbare Lästerungen bezeichnet werden, seine Tätigkeit (S. 29) soll „langjährig“, aber nicht „bewährt“ genannt werden; auch müsse der Leser erfahren, daß die Fronleichnams-Prozession von den Prädikanten als „Abgöttere und Greuel vor Gott“ bezeichnet wurde.<sup>24</sup> Weiters forderte der Fürstbischof, schrieb Zwiedineck, daß die staatsrechtliche Stellung des Katholizismus in Innerösterreich nicht aus dem Auge gelassen werden dürfe, sonst wird im gegenseitigen Kampfe das Vorgehen der einen und anderen Partei unrichtig beurteilt. Zwiedineck bat Loserth um Stellungnahme zu diesen *piis desideriiis*. Sollte er Änderungen ablehnen, müsse, da Schuster Mitglied des Redaktionskomitees sei, eine Ausschußsitzung einberufen und eventuell auch die Ansicht des vorsitzenden Landeshauptmannes eingeholt werden. Seiner, Zwiedinecks, Meinung nach seien diese Änderungen ohne wesentliche Störung des Inhaltes möglich.

Die Änderungswünsche des Fürstbischofs gehen natürlich auf eine Positionsverbesserung der katholischen Partei hinaus. Schuster verlangte das Eingeständnis Loserths, einen subjektiven, einseitigen Standpunkt darzustellen. Die Verunglimpfung der Fronleichnamsprozession durch die Prädikanten besonders hervorgehoben sehen zu wollen, könnte mit der Vorstellung zusammenhängen, damit in gewissen Bevölkerungskreisen die Abwehrbereitschaft gegenüber dem „landfremden“ Protestantismus zu stärken. Traditionell nahmen an den Grazer Fronleichnamsprozessionen dieser Jahre, so auch 1897, Vertreter der höchsten Behörden, voran Statthalter und Landeshauptmann, teil.

Der Hinweis auf die staatsrechtliche Stellung des Katholizismus in der Steiermark meint wohl die Anwendung der Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens, vereinfacht: *Cuius regio eius et religio*. Aber gerade hier hat die Brucker Pazifikation, nach Meinung Loserths, eine nicht vergleichbare Ausnahmesituation geschaffen.

Zu alledem müßte man sich eine eindeutig ablehnende Antwort Loserths erwarten. Dem war nicht so: *Die Wünsche des Fürstbischofs*, schreibt Loserth an Zwiedineck, *sind nicht mehr erheblich*.<sup>25</sup> Er sei damit einverstanden, noch akzentuierter auf die *in Ständekreisen herrschenden Anschauungen* ... hinzuweisen. Die gewünschte Bezeichnung „*strafbare Lästerungen*“ widerspreche allerdings der ersten Forderung, denn in Ständekreisen werde man die Äußerungen der Prädikanten kaum so empfunden haben. *Ich bin gleichwohl bereit, eine Änderung anzubringen, die den Wünschen des Fürstbischofs entspricht, ohne die Sache zu schädigen. Wenn Sie die große Güte hätten, an der fraglichen Stelle, Seite 29, zu bessern: „die scharfen Worte Hombergers, die in den Augen seiner Gegner als strafbare Lästerungen erschienen“ und dann „die langjährige Tätigkeit Hombergers, die von seinen Glaubensgenossen für eine ebenso bewährte als von seinen*

*Feinden für eine höchst verderbliche angesehen wurde“ — so wäre mirs erwünscht.* Mit der wörtlichen Aufnahme der von den Prädikanten verwendeten Bezeichnungen der Fronleichnamsprozession sei er einverstanden; auch bezüglich der *staatsrechtlichen Stellung des Katholizismus* wolle Zwiedineck eine *kurze Notiz* im Sinne des Fürstbischofs anbringen.

Über diese wohl unerwartet positive Stellungnahme Loserths, die daraufhin erfolgten Änderungen und die Übergabe des Manuskriptes an die Druckerei machte Zwiedineck dem Fürstbischof Mitteilung.<sup>26</sup> Im folgenden Jahr, kurz nach der bei Cotta verlegten „Geschichte der Reformation und Gegenreformation“, erschien der „Huldigungsstreit“. Der Hinweis Loserths im Vorwort, daß „sich der Druck dieser Schrift leider um mehr als ein Jahr hinauszog“, geht ohne Zweifel an die Adresse Schusters, dessen Einwände die Verzögerung verursacht haben. Wieweit die Tatsache, daß Fürstbischof Schuster 1898 nicht mehr der Landeskommision angehörte, die Drucklegung beeinflußt hat, ist nicht festzustellen.<sup>27</sup>

In welchem Ausmaß sind nun die Änderungswünsche des Fürstbischofs tatsächlich berücksichtigt worden? Loserth befaßt sich im Vorwort eingehend mit dem Problem der parteilichen Auswahl des herangezogenen Quellenmaterials: „Es ist in der Natur des Gegenstandes, der hier behandelt werden soll, begründet, daß die Ansichten, welche in Ständekreisen über die staatsrechtliche Bedeutung der Brucker Pazifikation verbreitet waren, in den Vordergrund gestellt werden, denn auf ihnen beruht der Verfassungskonflikt, der ebenso sehr für die Geschichte der Steiermark wie für die Geschichte des österreichischen Ständewesens im allgemeinen schwer ins Gewicht fällt. Ich bin jedoch bei der Mitteilung dieser Ansichten nicht stehen geblieben, sondern kann hier noch besonders darauf hinweisen, daß ich den Grundsatz *audiatur et altera pars* genau befolge, und zwar so, daß ich die entgegengesetzten Parteien mit ihren eigenen Worten vorführe.“ Die vom Fürstbischof kritisierte Stelle über die Fronleichnamsprozession sah in ihrer endgültigen Fassung so aus: „Am lebhaftesten wurde in protestantischen Kreisen das Fronleichnamsfest bekämpft. Indem der Prädikant diese Festfeier ... als wertlos hinstellte, gebrauchte er der Sitte der Zeit entsprechend scharfe Worte. Wenn diese nun dahin ausarteten, daß die am Fronleichnamstage veranstaltete Prozession als Abgöttere und Greuel vor Gott bezeichnet wurde, so mußte dies in den Augen der Gegner als strafbare Lästerung erscheinen. In früheren Jahren war das oft straflos hingegangen. Nun aber hatten die Jesuiten ein förmliches Spioniersystem gegen die protestantischen Prediger eingerichtet. Nach jeder Festpredigt liefen Denunziationen ein.“<sup>28</sup>

Schließlich findet sich auch Homberger mit dem alten Attribut „bewährt“ und nicht mit dem geforderten „langjährig“.<sup>29</sup>

Es zeigt sich demnach, daß die Wünsche des Fürstbischofs nicht in

<sup>24</sup> Z. an Schuster, 23. 7. 1897 (Archiv d. Histor. Landeskomm. a. a. O.).

<sup>27</sup> Vielleicht steht auch der etwas später erfolgte Austritt des Direktors des Katholischen Preßvereines, Prälat Karlon, aus der Historischen Landeskommision mit den geschilderten Ereignissen in Zusammenhang.

<sup>28</sup> Huldigungsstreit S. 31.

<sup>29</sup> Huldigungsstreit S. 33.

<sup>24</sup> Hier ist Schuster ausführlicher mit Zitaten und verlangt vor allem: „Es möge dies nicht mit der Sitte der Zeit oder der Amtsinstruktion entschuldigt und dafür das Spioniersystem und die Denunziationsucht der Jesuiten gebrandmarkt werden.“

<sup>25</sup> L. an Z., 19. 7. 1897 (Archiv d. Histor. Landeskomm. a. a. O.).

seinem Sinne durchgeführte Änderungen zur Folge hatten. Der Versuch einer Einflußnahme auf die Gestaltung der Arbeit Loserths von katholischer Seite ist nicht geglückt. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch Zwiedineck dafür Mitverantwortung trägt.

Was erfahren wir aus der Korrespondenz über das Verhältnis Loserths zu Zwiedineck in den folgenden Jahren? Nach dem Tode Franz von Krones' war der Lehrstuhl für Österreichische Geschichte neu zu besetzen. Zwiedineck fühlte sich vom Professorenkollegium übergangen und meinte, in der Fakultät damit in eine „unwürdige Lage“ gebracht worden zu sein. In einem Brief an Loserth am 31. Jänner 1903 verwies er darauf, daß — der namentlich nicht genannte — Karl Uhlirz eben erst ernannt worden sei und seine *Lehrtätigkeit hinter meiner an Dauer und Ausdehnung weit zurückstehe*.<sup>30</sup> Da er, Zwiedineck, nie als Prüfer auftreten könne, *kann keiner der jungen Historiker unter meiner Leitung neuere und neueste Geschichte als Hauptfach betreiben und von mir kein Dissertationsthema entgegennehmen*. Schließlich bat er Loserth, eine Besprechung zu veranlassen, in der er sein Ansuchen ausführlicher begründen könne.

Die Antwort Loserths vom 4. Februar mußte Zwiedineck bitter enttäuschen.<sup>31</sup> Loserth wies jeden Vorwurf der Begünstigung zurück und erklärte: *Was die Besetzung der Lehrkanzel für Österreichische Geschichte mit Ihrer früheren oder jetzigen Stellung zu tun hat, ist mir überhaupt nicht ersichtlich . . . Von einer Verschlechterung Ihrer Stellung könnte dann allenfalls gesprochen werden, wenn wir ein systemisiertes Ordinariat für neuere Geschichte besäßen und es, ohne auf Sie Rücksicht zu nehmen, anderweitig vergeben worden wäre*. Loserth betonte, daß er, hätte er im Dezember des vorigen Jahres etwa die Frage Ihres Ordinariates in Antrag gebracht, eine geschlossene Opposition gefunden hätte, deren Hauptargument, daß Sie durch 27 Jahre Ihre Kräfte nur zur Hälfte der Universität haben widmen können, nicht hätte zurückgewiesen werden können.

Dieses Argument ließ Zwiedineck in seinem unmittelbar folgenden Schreiben nicht gelten und warf der Fakultät vor, mit zweierlei Maß zu messen:<sup>32</sup> *Mir wird vorgehalten, daß ich 27 Jahre der Universität meine Kräfte nur zur Hälfte gewidmet habe, der künftige Professor der Österreichischen Geschichte in Graz war 24 oder 25 Jahre im Hauptamte Archivbeamter . . . Der Brief ist knapp gehalten, Zwiedineck nimmt die Ablehnung seiner Bitte zur Kenntnis: Ich bedaure, Sie mit einer persönlichen Angelegenheit belästigt zu haben und bitte Sie durch diese Zeilen, unsere Diskussion darüber für beendet anzusehen*. Dies ist das vorletzte Stück aus dem Briefwechsel Zwiedinecks mit Loserth, das aufzufinden war. Ob sich die für eine Zeitlang gewiß eingefrorenen Beziehungen der beiden bald wieder gebessert haben, läßt sich nicht nachweisen. 1905 übergab Loserth Zwiedineck ein Manuskript — *Lieber Herr Kollege . . . Sie würden mich sehr verpflichten* — mit der Bitte, es der Druckerei zu übermitteln.<sup>33</sup> Dem

ein Jahr später toten Zwiedineck widmete Loserth einen Nachruf, für den ihm die Witwe des Verstorbenen in überaus herzlichen Worten dankte:<sup>34</sup> *Wie oft werde ich ihn noch lesen und werde mich trotz des grausamen Schmerzes und trotz aller großen unstillbaren Sehnsucht daran erfreuen — wie er auch von seinem engsten Kollegen und Berufsgenossen — geschätzt, geehrt und geliebt wurde*.<sup>35</sup>

<sup>30</sup> Z. an L., 31. 1. 1903 (Nachlaß Loserth a. a. O.). — Vgl. dazu auch Trinks, S. 24. — Karl Uhlirz (1854—1914).

<sup>31</sup> L. an Z., 4. 2. 1903 (Nachlaß Zwiedineck Schuber I).

<sup>32</sup> Z. an L., 5. 2. 1903 (Nachlaß Loserth a. a. O.).

<sup>33</sup> L. an Z., 22. 6. 1905 (Archiv d. Histor. Landeskomm. Sch. 3, Z. 129/III).